

schärfster bürgerlicher Konkurrent von Staatspräsident Giscard d'Estaing, holte sie in seine Regierung – Giscard dürfte damals schon geahnt haben, was für eine politische Potenz sich da mit der kleinen, aber zähen Juristin anbot. Simone Veil mußte eine undankbare Aufgabe anfassend: Den Konservativen war die Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch aufgezwungen worden, und Simone Veil schien den Männern um den Präsidenten und den Premier die Geeignete zu sein, diese heiße Kartoffel in mundgerechter Form auf den Tisch zu bringen. Und obwohl – oder weil? – sie in allen Frauenproblemen tief engagiert war, schaffte sie es: Ein für die Konservativen viel zu liberales Gesetz wurde mit einer begrenzten Erprobungszeit angenommen. Ihr heutiger Nachfolger muß nun sehen, ob er nach den fünf Erprobungsjahren dabei bleiben soll.

Das aber war nicht die einzige Leistung dieses Energiebündels im französischen Kabinett – den Sturz Chiracs überstand sie ohne Schaden. Sie brachte erfolgreich die Sanierung der veralteten französischen Krankenhäuser mit ihren 42-Betten-Sälen voran, sie förderte den friedlichen Ausgleich zwischen Ärzten und Krankenkassen, sie bewältigte ziemlich unauffällig das Problem der „Ärztenschwemme“, obwohl es in Frankreich keinen Numerus clausus gibt: Die Auslese erfolgt während des Studiums und (neuerdings auch) am Beginn der Weiterbildung. Und dabei blieb sie, wie eine französische Illustrierte schrieb, ganz wie sie war: „ein bißchen Michèle Morgan, ein bißchen Golda Meir.“ Sie machte das Rauchen in der Öffentlichkeit zum Tabu – aber privat blieb sie ihren Gauloises treu. Die Demoskopien registrierten steigende Beliebtheitsziffern, die schließlich auch den Premierminister vor Neid erblassen ließen. Trotzdem: Für eine Partei ließ sie sich noch immer nicht vereinnahmen. Daß sie schließlich bei der Europawahl Giscard d'Estaings Li-

ste anführte, hat mit der Partei des Präsidenten, der UDF, nicht allzuviel zu tun. So war es fast logisch, daß Giscard Rechnung aufging: Sie war für den Straßburger Präsidentenstuhl der natürliche Kandidat der Liberalen aus allen Ländern. Dabei hatte sie mit Luxemburger Gaston Thorn sogar noch einen liberalen Parteibuchkonkurrenten. Es gibt Leute in Straßburg, die – vielleicht nicht zu Unrecht – dahinter eine unauffällig geschickte Regie von Valéry Giscard d'Estaing sehen: Bald braucht er einen Nachfolger für den braven, aber blassen Premier Barre. Ist Simone, wenn sie ihre Straßburger Amtszeit von zweieinhalb Jahren hinter sich hat, seine Kandidatin? Sie behauptet – vielleicht auch nicht zu Unrecht –, daß sie eine politische Karriere nie angestrebt habe, deshalb aber hat sie keine Feinde. Werden wir 1982 neben (oder nach) der „Eisernen Maggy“ in London „Simone La Charmanthe“ in Paris haben? Frankreichs und Europas Frauen wäre ein solcher Triumph zu gönnen – die Männer dürfen es begeistert mitmachen. Auch wir Deutschen: Die Verantwortung für den Nationalsozialismus, unter dem sie unsäglich gelitten hat, trägt, wie sie öffentlich sagte, die Generation ihrer Eltern. Sie habe mit dem Frieden von 1919 die Deutschen geradezu in Hitlers Arme getrieben. Und daraus folgert sie: Wir müssen alles tun, um unseren alten Haß zu vergessen. bt

BLÜTENLESE

Gute alte Zeit

Für Schlachtenbummler à la Goethe bei Valmy sind magere Zeiten angebrochen. Wie prächtig war es doch bei Lützen 1632. Da kämpften 10 000 Mann in einem Infanterie-Karree von 150 mal 150 Metern, das ähnlich einem Rammbock die feindliche Schlachtordnung zu durchstoßen hatte.

Durrak

GROSSBRITANNIEN

Keine Abtreibungen mehr nach 20 Wochen?

Mit großer Mehrheit hat das Unterhaus in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf gebilligt, nach dem Schwangerschaftsabbrüche nur noch in den ersten 20 Wochen (bisher: 28 Wochen) zulässig sein sollen.

Der Initiator des Entwurfs, ein Konservativer, kündigte an, er würde in dritter Lesung einen Kompromiß, nämlich 24 Wochen, erwägen, wie ihn auch der Staatsminister für Gesundheit, Dr. Gerard Vaughan, vorschlug. Dr. Vaughan kündigte seinerseits eine Änderung der Richtlinien für den Staatlichen Gesundheitsdienst an: jüngere Krankenhausärzte sollen bei Bewerbungen nicht nach ihrer Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch gefragt werden dürfen, und es darf auch nicht von ihnen erwartet werden, daß sie solche Eingriffe ausführen. gb

Mangel an Militärärzten

Über einen ernsthaften Ärztemangel bei den Streitkräften ist der zuständige Ausschuß der BMA besorgt. Der Bestand liegt bei unter 1200 Ärzten; allein in den letzten vier Jahren sind 441 Ärzte ausgeschieden, weitere 128 gehen im kommenden Jahr in den Ruhestand. 95 im vergangenen Jahr zu besetzenden Stellen standen nur 11 Ärzte und 28 Medizinstudenten gegenüber, die in die Streitkräfte eintraten. Für 1983 wird ein Fehlbestand von 25 Prozent erwartet.

Im April erhielten die Militärärzte eine Solderhöhung um durchschnittlich 36,5 Prozent. Die Gehaltsskala reicht jetzt von 9677 Pfund jährlich für einen neueintretenden Arzt im Range eines Hauptmanns bis zu 16 730 Pfund für den Oberstenrang nach vier Jahren in diesem Rang. gb